

Fezer
Markenrecht

Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 13b

Markenrecht

Kommentar zum Markengesetz (MarkenG)
und zum Internationalen Markenrecht
der Pariser Verbandsübereinkunft (PVÜ)
und des Madrider Markenabkommens (MMA)

Herausgegeben von

Professor Dr. Karl-Heinz Fezer

Ordinarius em. an der Universität Konstanz
Honorarprofessor an der Universität Leipzig
Richter am Oberlandesgericht Stuttgart a. D.

Vom Herausgeber begründet und bis zur 4. Auflage als Alleinautor verfasst.

Fünfte, neubearbeitete Auflage 2023



Zitervorschlag:

Fezer MarkenR/*Bearbeiter* MarkenG § ... Rn. ...

Fezer MarkenR/*Bearbeiter* MMA Art. ... Rn. ...

Fezer MarkenR/*Bearbeiter* PVÜ Art. ... Rn. ...

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64901 1

© 2023 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80 801 München

Satz, Umschlag, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

(Adresse wie Verlag)



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Die Kommentatorinnen und Kommentatoren

Dr. Brunhilde Ackermann
Rechtsanwältin beim Bundesgerichtshof

Dr. Holger Alt, M. L. E.
Rechtsanwalt in Berlin

Prof. Dr. Maximilian Becker
Professor an der Universität Siegen

Dr. Sabrina Biedermann
Rechtsanwältin in Düsseldorf

Dr. Senta Bingener
Leitende Regierungsdirektorin, DPMA

Dr. Anselm Brandi-Dohrn, Maître en Droit
Rechtsanwalt in Berlin

Dr. Joseph Fesenmair
Rechtsanwalt in München, Dipl.-Volkswirt

Prof. Dr. Karl-Heinz Fezer
Ordinarius em. an der Universität Konstanz
Honorarprofessor an der Universität Leipzig
Richter am Oberlandesgericht Stuttgart a. D.

Prof. Dr. Jochen Glöckner, LL.M. (USA)
Professor an der Universität Konstanz

Dr. Ralf Hackbarth, LL.M. (UCL)
Rechtsanwalt in München

Prof. Dr. Ronny Hauck
Apl. Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin
Rechtsanwalt in München

Dr. Steffen Henn
Rechtsanwalt in Mannheim, Wirtschaftsjurist (Universität Bayreuth)

Dr. Simon Klopschinski
Rechtsanwalt in Düsseldorf

Dr. Thomas Nägele
Rechtsanwalt in Mannheim

Dr. Almut Pflüger
Gerichtlich zertifizierte Sachverständige für demoskopische Rechtsforschung
Rechtsanwältin in München

Prof. Dr. Lea Tochtermann
Juniorprofessorin an der Universität Mannheim

Die Verfasserinnen und Verfasser der Kommentartexte

Dr. Brunhilde Ackermann	§§ 83–96a MarkenG
Dr. Holger Alt, M. L. E.	§§ 6, 7, 10–12, 107–125a, 152–159 MarkenG (gemeinsam mit Dr. Anselm Brandi-Dohrn)
Prof. Dr. Maximilian Becker	§§ 27–31 MarkenG
Dr. Sabrina Biedermann	§§ 66–82 MarkenG
Dr. Senta Bingener	§§ 32–47 MarkenG
Dr. Anselm Brandi-Dohrn, Maître en Droit	§§ 6, 7, 10–12, 107–125a, 152–159 MarkenG (gemeinsam mit Dr. Holger Alt)
Dr. Joseph Fesenmair	§ 8 MarkenG (Rn. 1–687)
Prof. Dr. Karl-Heinz Fezer	Einleitung A–E und I §§ 1–5, 9, 13, 14 Abs. 1–3 Nr. 1–3, Nr. 5–7 und Rn. 1088 ff., 20–24 MarkenG Internationales Markenrecht, MMA und PVÜ
Prof. Dr. Jochen Glöckner, LL.M. (USA)	§§ 126–139 MarkenG, Online-Dokumentation
Dr. Ralf Hackbarth, LL.M. (UCL)	§§ 14 Abs. 3 Nr. 4, 14a, 25–26, 146–151 MarkenG
Prof. Dr. Ronny Hauck	Einleitung F–H § 15 MarkenG
Dr. Steffen Henn	§§ 97–106h MarkenG (gemeinsam mit Dr. Thomas Nägele)
Dr. Simon Klopschinski	§§ 48–65a, 140–145 MarkenG
Dr. Thomas Nägele	§§ 97–106h MarkenG (gemeinsam mit Dr. Steffen Henn)
Dr. Almut Pflüger	Rechtsdemoskopie, § 8 MarkenG (Rn. 688–753)
Prof. Dr. Lea Tochtermann	§§ 14 Abs. 5–7, 16–19d MarkenG

Vorwort

I.

„... zu repräsentieren, seine Zeit zu repräsentieren, und etwas zu präsentieren, für das die Zeit noch nicht gekommen ist“ – wie meine Lieblingsdichterin in ihren Frankfurter Vorlesungen den Sinn des Schreibens in ihrer schönen Sprache deutete – der Spirit dieses Textes führte mir die Feder schon in den Zeiten der Kommentierung der ersten Auflage als Alleinautor. Die Transformation des Werkes in einen Mehrautorenkommentar erfolgt – aus persönlichen Gründen des Herausgebers kurzfristig – in einem ersten Schritt mit dieser fünften Auflage. Die eingangszitierte Aufgabe des Schriftstellers, die als herausforderndes Leitmotiv über dem Gesamtwerk steht, wird auch die wissenschaftliche Textgestaltung der neuen Autorinnen und Autoren, die ich herzlich willkommen heiße, zu bereichern vermögen. Die Pluralität des Diskurses, die Kultur einer originären Problemlösung und die Unabhängigkeit der Wissenschaftlichkeit sind die Garanten einer grundrechteoptimierenden Rechtserkenntnis in dem gemeinsamen Werk.

Seit meinen ersten Schritten in die Rechtswissenschaft an der Ruperto Carola in Heidelberg begleitet mich meine Ehefrau auf meinem Weg des Erfahrens, Denkens und Gestaltens von Rechtstexten in Gesprächen mit begründetem Zuspruch und offener Kritik, mit unendlichem Verständnis für meinen Rückzug in die Einsamkeit des Schreibens und als außenministerielle Akteurin in ihrer herzlichen Verbundenheit zu den Mitarbeitenden meines Lehrstuhls. Das sind reiche Jahrzehnte von persönlichen Begegnungen, freundschaftlich und empathisch, die nicht selten bis in die Gegenwart wirken. Nicht anders ist auch der Entstehungsprozess dieses Kommentars zum Markenrecht und sein Verlauf bis zu dieser Neuauflage zu schildern – und auch nur in der Umgebung einer solchen fruchtbaren Aura. Ich danke Dir, Gisela.

II.

Bei meiner Konstanzer Abschiedsvorlesung „Recht ist Recht ist Recht ist Recht“ zum Normativen Rechtsrealismus im Jahre 2014 und bei der Übergabe der Festschrift „Marktkommunikation zwischen geistigem Eigentum und Verbraucherschutz“ in Berlin im Jahre 2016 danke ich allen Assistentinnen und Assistenten an meinem Lehrstuhl, die mich in den vielen Jahren bei der wissenschaftlichen Arbeit in unterschiedlicher Weise unterstützten, auch und gerade bei den einzelnen Auflagen des Kommentars zum Markenrecht; für unterstützende Tätigkeit in den ersten Jahren nach Erscheinen der vierten Auflage danke ich Dr. Daniela Schork, Dr. Nina Grumbrecht, Dr. Harald Frey und Dr. Simon Klopschinski.

Im Fokus der rechtstheoretischen und rechtsmethodischen Grundlegung der Kommentierung stand seit der ersten Auflage die Lehre von den Funktionen der Marke. Das war und ist ein rechtsrealistischer Blick auf die Marke als ein Phänomen des Marktes und damit auf die ökonomischen und sozialen Markenfunktionen: Die Marke identifiziert und kommuniziert Produkte der Unternehmen im Marktwettbewerb. Ort der markenrechtlichen Funktionenlehre ist eine allgemeine funktionale Privatrechtstheorie im Sinne einer Funktionstheorie des Wirtschaftsrechts. Ihr europarechtlicher Ausgangspunkt sind die frühen Urteile des EuGH zum spezifischen Gegenstand des kommerziellen Eigentums im Warenverkehrsrecht der Römischen Verträge und ihr gemeinschaftsmarkenrechtlicher Ausgangspunkt ist die Denkschrift der Kommission über die Schaffung einer EWG-Marke aus dem Jahre 1976. Die im traditionellen Markenrechtsschrifttum weit verbreitete Ablehnung der Funktionstheorie war nach der Sternstunde des L'Oréal/Bellure-Urteils des EuGH zur Anerkennung und einer extensiven Konkretisierung der Markenfunktionalität aufzugeben. Der Theorie der Multifunktionalität im Markenrecht entspricht der offene Markenbegriff der kennzeichnenden Kommunikationszeichen der europäischen Markenrechtskonzeption und der Markenrechtsmodernisierung. In diesem Kommentar wurde und wird die markenrechtliche Funktionenlehre im Sinne einer Multifunktionstheorie der Kennzeichenrechte fortgeschrieben und zugrunde gelegt.

Die Kennzeichenrechte werden als Immaterialgüterrechte verstanden, deren zu differenzierende Schutzgegenstände geistige Eigentumsrechte darstellen. Eine immaterialgüterrechtliche Kennzeichenrechtstheorie nimmt an dem allgemeinen Privatrechtswandel der Eigentumstheorie und damit an dem Übergang von einem statischen zu einem dynamischen Rechtsbegriff des Eigentums teil. In der Verfassungsbindung einer ökosozialen Marktwirtschaft findet die Verantwortungsethik der Markt- und Wettbewerbsfreiheit auf der Grundlage der Eigentumsrechte ihren Ausdruck.

Vorwort

Aktuell werden in der Markenrechtswissenschaft nicht anders als in der Markenanwendungspraxis die realen Phänomene und Erscheinungsformen der Kennzeichen in den Blick genommen. Das gilt für die Rechtsentstehung (rechtsbegründende Benutzung), für den Rechtsschutz (rechtsverletzende Benutzung) und den Rechtsbestand (rechtserhaltende Benutzung) im gesamten Kennzeichenrecht, und zwar sowohl im materiellen Recht als auch in den Verfahren in Markenangelegenheiten und in den Verfahren in Kennzeichenstreitsachen.

Als Schwerpunkte der Kommentierung seien etwa nur die komplexen Kennzeichnungen oder gar Kennzeichenkonglomerate genannt, deren Aktualität bei den nichtkonventionellen Markenformen augenscheinlich ist. Virtuelle Kennzeichnungskonzepte in multimedialen Räumen werden als Markenformate anhand von spezifischen Markenbeschreibungen – sei es in Werbe- und Markenagenturen, sei es in Eintragungsverfahren – realisiert. Überkreuzkollisionen verlangen die Fortentwicklung der Beurteilungskriterien bei Anwendung der Verletzungstatbestände im Sinne von beweglichen Systemen, und zwar namentlich bei einer Kollision mit der Verbindung verschiedener nichtkonventioneller Markenformen. Die (konkrete) Verwechslungsgefahr oder der Bekanntheitsschutz bei Assoziationsstörungen im Sinne eines gedanklichen Inverbringens oder Inerinnerungsrufens werden den Schutzzumfang der Kennzeichenrechte modifizieren – teils extensiv, teils restriktiv.

III.

Universitätssekretärin Gabriele Reichle betreute meine Manuskripte, verwaltete den Datenbestand des Kommentars und managte die Dateien seit der konsolidierten Fassung des Kommentars, die als einzelne Dateien die Autorinnen und Autoren zur Bearbeitung erhielten. Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und ihre unermüdliche Leistungsbereitschaft sage ich Frau Reichle herzlichen Dank.

Mein besonderer Dank gilt auch dem Lektorat Dr. Maximilian Schenk, der Lektorin Johanna Schley und der Assistentin Melanie Steiner für die Drucklegung und namentlich den Transformationsprozess des Kommentars in die Neuauflage.

Die kommentierten Gesetze entsprechen dem Stand zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Werks.

Konstanz, im Juni 2023

Karl-Heinz Fezer

Aus dem Vorwort zur vierten Auflage

Die *funktionale Rechtstheorie der Marke als eines kommerziellen Kommunikationszeichens* ist von Anfang an der Ausgangspunkt dieser Kommentierung des deutschen, europäischen und internationalen Kennzeichenrechts; sie bildet die Grundlage der europäischen Markenrechtskonzeption der MRL und GMV im Lichte der Rechtsprechung des EuGH. Die kommerziellen Kommunikationszeichen sind Instrumente einer markenbasierten *Marktkommunikation des Markensouveräns* mit dem Verbraucher über die *Ursprungsidentität* seiner Waren und Dienstleistungen als Unternehmensleistungen. Die *Markenverantwortung und Produktkontrolle* des Markeninhabers bilden das Referenzmodell eines *multifunktionalen* Markenverständnisses. In der Rechtsprechung des EuGH werden die *als Marke zulässigen Zeichenformen* nach der Funktionalität der produktbezogenen und herkunftskennzeichnenden Kommunikationszeichen bestimmt.

Die Historie des Markenschutzes ist als der Weg vom Warenzeichen als eines unselbständigen Unternehmensbestandteils zur *Marke als eines selbständigen immateriellen Wirtschaftsgutes* beschreibbar. Die wirtschaftliche und rechtliche *Gleichwertigkeit des Markeneigentums* innerhalb des internationalen Systems der gewerblichen Schutzrechte und des Urheberrechts harmoniert mit einem einheitlichen Grundrechtsschutz des Immaterialgüterrechts. Die Immaterialgüterrechte sind subjektivrechtliche Instrumente zur Gewährleistung privater Planungsfreiheit auf dem Markt. Das *Markenmodell eines investiven Immaterialgüterrechtsschutzes* erklärt, weshalb die Unsterblichkeit der Marke nicht per se besteht, sondern eine Folge der Stetigkeit der unternehmerischen Investitionen in die Marke ist, die deren Schutzbereich bestimmen. Die Einheit des Kennzeichenschutzes bereitet zudem der Rechtstheorie und der Rechtssystematik den Weg, eine *immaterialgüterrechtliche Kennzeichenrechtstheorie* für alle geschäftlichen Zeichen (Marken, Handelsnamen und Unternehmenskennzeichen, Werkmittel, geografische Herkunftsangaben und Ursprungsbezeichnungen, Domainnamen) zu begründen.

Die *Schutzgegenstandstheorie* dient der Abgrenzung des legitimen Kennzeichenschutzes als Immaterialgüterrechtsschutz von dem geistigen Eigentumsschutz der anderen Immaterialgüterrechte. Eine kennzeichenrechtliche (Re)Monopolisierung gemeinfreier Zeichen wird ausgeschlossen, da eine rechtlich klar bestimmbare Grenzlinie zwischen den Kennzeichenrechten als Immaterialgüterrechten und den anderen Rechten des geistigen Eigentums gezogen wird, die Ausdruck einer *funktionalen Differenzierung im Recht des geistigen Eigentums* ist. Die Artbedingtheit, technische Bedingtheit und ästhetische Bedingtheit eines Kennzeichens bilden *absolute Schutzverbote der Produktbedingtheit* eines Kennzeichens.

Mit der Exklusivität des immateriellen Eigentumsrechts an einer Marke ist im Zweifel der *Vorrang der markenbezogenen Interessen des Rechtsinhabers* verbunden. Der Rechtsprechung des EuGH liegt bei der Bestimmung der Rechtswirkungen einer Marke ein marketingtheoretisches Verständnis der Marke als eines Kommunikationszeichens zugrunde. Ein *Eingriff in das Markenrecht* stellt eine *Beeinträchtigung der berechtigten Interessen* des Markeninhabers dar. Markenrechtsverletzungen sind Funktionsstörungen der Marke. In der Rechtsprechung des EuGH stellt das Beurteilungskriterium der Benutzung eines Zeichens als Marke – die *Benutzung als Marke* – eine allgemeine Anwendungsvoraussetzung des Markenkollisionsrechts dar. Eine Benutzung als Marke im Sinne einer *potenziellen Markenrechtsverletzung* liegt nur dann nicht vor, wenn eine Interessenbeeinträchtigung des Markeninhabers a priori nicht in Betracht kommt, weil die rechtserheblichen Markenfunktionen von der Art der Benutzung des Zeichens durch den Dritten nicht berührt werden. Die *markenfunktionale Neutralität* der Benutzung einer Marke (*neutrale Markenbenutzung*) stellt das rechtserhebliche Abgrenzungskriterium dar. Eine kennzeichenfunktionale Begriffsbestimmung einer markenmäßigen, unternehmenskennzeichenmäßigen und werktielmäßigen Benutzung (*kennzeichenmäßige Benutzung*) kann als allgemeine Anwendungsvoraussetzung des Kennzeichenkollisionsrechts in Abgrenzung zu einer neutralen Kennzeichenbenutzung verstanden werden.

Das kennzeichenrechtliche *Sanktionenrecht*, das von dem DurchsetzungsG in Umsetzung der Enforcement-Richtlinie für das Gesamtsystem des Immaterialgüterrechts verbessert und verstärkt wurde, verlangt nicht nur eine *rechtsangleichende und richtlinienkonforme* Auslegung; geboten ist eine *richtlinienoptimierende* Auslegung im Sinne der *gemeinschaftsrechtlichen Wirksamkeitsmaxime*. Das Gemeinschaftsrecht verlangt die Effektivität der Durchsetzungsverfahren im Interesse eines wirksamen Schutzes des geistigen Eigentums. Die von den Mitgliedstaaten zu erlassenden geeigneten

Vorwort

Maßnahmen als Sanktionen gegen Gemeinschaftsrechtsverstöße müssen nicht nur *verhältnismäßig*, sondern auch *effektiv* und *abschreckend* sein. Die Wirksamkeitsmaxime zum Schutz des geistigen Eigentums durch die Implementierung effektiver Durchsetzungsverfahren bedarf der Koordination mit dem *checks and balances-Grundsatz* des internationalen Handelsrechts (WTO/TRIPs).

Das Lauterkeitsrecht stellt den Jungbrunnen des Immaterialgüterrechts dar. Zwischen Kennzeichenrecht und Lauterkeitsrecht besteht eine *kumulative* – zumindest eine *subsidiäre* – *Normenkonkurrenz*. Die Verschiedenheit der Normzwecke, Schutzvoraussetzungen, Sanktionen und Zuständigkeiten rechtfertigt eine an dem normspezifischen Schutzzweck orientierte, autonome und kumulative oder subsidiäre Anwendung des UWG neben den zum Schutz der Immaterialgüterrechte bestehenden Normen, wenn die jeweiligen Tatbestandsvoraussetzungen der gesetzlichen Regelungen des UWG gegeben sind. Die Reichweite des lauterkeitsrechtlichen Schutzes der immateriellen Güter bestimmt sich nach dem Normzweck der Sonderrechtsgesetze. Die *Tatbestandsfunktion* der gesetzlich geregelten Immaterialgüterrechte bestimmt im Wege der Auslegung den Anwendungsbereich des Lauterkeitsrechts. Den Immaterialgüterrechten kommt eine *tatbestandliche Begrenzungsfunktion* bei der Konkretisierung der Lauterkeit im Wettbewerb zu. Die Rechtsauffassung des EuGH zum *Konkurrenzverhältnis zwischen WerbeRL und MRL* entspricht der Theorie einer Normenkonkurrenz im Verhältnis des Kennzeichenrechts zum Lauterkeitsrecht. Nach der Umsetzung der UGP-RL ist die Vorrangthese zum Verhältnis zwischen MarkenG und UWG, die schon mit § 2 MarkenG nicht vereinbar war, nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Konstanz, im Februar 2009

Karl-Heinz Fezer

Aus dem Vorwort zur dritten Auflage

Einen Schwerpunkt der dritten Auflage des Kommentars zum MarkenG bildet eine Darstellung der europäischen Rechtspraxis zum *Gemeinschaftsmarkenrecht*. Die Eintragungspraxis des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt (HABM), die Rechtsprechung der Beschwerdekammern und Nichtigkeitsabteilungen und die Entscheidungen des Europäischen Gerichts erster Instanz (EuG) werden vergleichend zum nationalen Markenrecht analysiert. Die europäische Dimension des Rechtsgebiets verlangt eine rechtsangleichende Markenrechtspraxis in den Mitgliedstaaten.

In mehreren Grundsatzentscheidungen erzwingt der BGH eine Kurskorrektur der restriktiven Amtspraxis des DPMA im Eintragsverfahren. Die Rechtsprechung des BPatG zeichnet kein einheitliches Bild. Zwar öffnen sich manche Senate einem modernen Markenverständnis, es verharren aber andere Senate noch in einem überkommenen Vorverständnis. Die *Vorabentscheidungsersuchen* an den EuGH bestimmen nicht nur den europäischen Markenrechtsdiskurs zwischen den Mitgliedstaaten („Wettbewerb der Vorlageentscheidung“), sondern bilden auch innerhalb der nationalen Verfahren in Markenangelegenheiten ein Instrument der Auslegungskompetenz. Der Gesetzgeber sollte im Verfahren vor dem BPatG die Nichtzulassungsbeschwerde im Interesse einer einheitlichen Rechtspraxis einführen.

In den zahlreichen *Grundsatzurteilen des BGH* zeichnet sich eine innovative Markenrechtskonzeption von europäischer Dimension ab. In präziser Umsetzung der Vorgaben in den Entscheidungen des EuGH gewinnt die Produktverantwortung des Markeninhabers zunehmende Bedeutung für ein erweitertes Verständnis von der Herkunftsfunktion der Marke. Nachdrücklich wird in der höchstrichterlichen Rechtsprechung betont, dass sich die Identifizierungsfunktion der Marke und deren Werbewirkung nicht gegenseitig ausschließen. Zum Markenbegriff wird die Intention des BGH erkennbar, zum einen einheitliche Merkmale für alle Markenformen zu entwickeln und zum anderen sich an kennzeichenrechtlich eigenständigen Beurteilungskriterien in Abgrenzung zu den anderen Immaterialgüterrechten zu orientieren.

In der Neubearbeitung des Kommentars werden neben dem Markierungsrecht das Vermarktungs- und Werberecht des Markeninhabers sowie der Gedanke des Investitionsschutzes im Markenrecht stärker berücksichtigt. Dienstleistungsmarken für Handelsdienstleistungen (retail services) werden anerkannt.

Das *Domainrecht* erfährt eine systematische Darstellung. Domainnamen werden als Rechte sui generis verstanden. Bei dem Kennzeichenschutz im Internet wird hinsichtlich der kennzeichenrechtlichen Identifizierungsfunktion eines Domainnamens zwischen dem Rechtserwerb eines

Kennzeichens an einer Domain und der Rechtsverletzung eines Kennzeichens durch eine Domain unterschieden.

Die mit dem *Zivilprozessreformgesetz*, dem *Zustellungsreformgesetz* und dem *Kostenbereinigungsgesetz* im Jahre 2002 in Kraft tretenden Änderungen des Markenrechts, die neben dem Kostenrecht auch das Verfahrensrecht betreffen, werden bereits berücksichtigt.

Konstanz, im August 2001

Karl-Heinz Fezer

Aus dem Vorwort zur zweiten Auflage

Aufgabe der zweiten Auflage des Kommentars zum MarkenG ist es, eine *aktuelle Bestandsaufnahme* zur Anwendung des MarkenG und zu seiner Umsetzung in der Markenrechtspraxis und zu seiner Diskussion in der Markenrechtswissenschaft vorzulegen. Dem Gebot einer richtlinienkonformen Auslegung folgend, ist die Kommentierung in erster Linie an den *Leitentscheidungen des EuGH*, wie etwa den Grundsatzurteilen *Sabèl/Puma*, *Silhouette*, *Canon* und *BMW*, inhaltlich ausgerichtet. Zahlreiche *Grundsatzurteile des BGH*, namentlich zu den absoluten Schutzhindernissen und zu den Kollisionstatbeständen, aber auch zum Markenverfahrensrecht und zum Übergangsrecht, prägen die Kommentierung. Der Rechtsprechung des BGH ist es weithin gelungen, die in der Markenrechtsrichtlinie enthaltenen Innovationen aufzunehmen und in ersten Schritten rechtsfortbildend umzusetzen. Die restriktive *Eintragungspraxis des DPMA* und die sie weithin billigende *Rechtsprechung des BPatG* zur Schutzfähigkeit insbesondere von Werbewörtern und Werbeslogans, Farbmarken und Formmarken bedarf dringend einer Kurskorrektur, zumal die ausdrücklich von der *BONUS*-Entscheidung des BGH abweichende *ADVANTAGE*-Entscheidung des BPatG einen offenen Dissens zur höchstrichterlichen Rechtsprechung bedeutet. Die mit einer in diesem Kommentar empfohlenen extensiven Eintragungspraxis verbundene Entlastung des Registerverfahrens verlagert bestimmte Entscheidungen über markenrechtliche Fallkonstellationen in den Verletzungsprozess vor den ordentlichen Gerichten, denen auf Grund der Aktualität der konkreten Markenkollisionen sachnäher zu urteilen möglich ist.

Detailanalysen der Kommentierung gelten der Eintragungspraxis der *neuen Markenformen* wie der Farbmarke, der Formmarke und der Hörmarke, der Entwicklung neuer Markenformen wie der Positionsmarke und der virtuellen Marke neben den in der Praxis noch kaum realisierten olfaktorischen, gustatorischen und haptischen Marken sowie den multimedialen Marken. Der Kommentar stellt ein Plädoyer für einen *weiten Markenbegriff* dar, nach dem jedes *Kommunikationszeichen über unternehmerische Leistungen* im Wirtschaftsverkehr grundsätzlich markenfähig ist.

Im *Recht der geschäftlichen Bezeichnungen* erhielten wesentliche Teile der Kommentierung eine neue Konzeption. Im *Werktitelrecht* wird eine Rechtsfortbildung dahin beschrieben, das Prinzip der strengen Akzessorität zu lockern, um eine angemessene wirtschaftliche Verwertung des Werktitels als eines immaterialgüterrechtlichen Wirtschaftsgutes zu gewährleisten. Die Auswirkungen einer solchen Neuorientierung auf den Werkbegriff und die Werkarten, auf die Werktitelfähigkeit und die neuen Werktitelformen sowie auf die Entstehung des Werktitelschutzes und den Werktitelhandel werden dargestellt. Im *Recht der Firma* und der *besonderen Geschäfts- oder Unternehmensbezeichnung* wird die namensmäßige Unterscheidungskraft im Sinne einer kennzeichenrechtlichen Unterscheidungseignung fortgeschrieben und neue Formen der geschäftlichen Bezeichnungen, wie Buchstabenzeichen, Zahlenzeichen und Bildzeichen, anerkannt.

Mehrere Rechtsbereiche wurden neu in die Kommentierung aufgenommen: das *internationale Markenprivatrecht*, das *internationale Markenprozessrecht*, die *vorprozessuale Abmahnung* und der *einstweilige Rechtsschutz*. Eine eingehende Darstellung erfuhr das *Recht der Domainnamen* und damit der *Rechtsschutz der Kennzeichen im Internet*.

Konstanz, im April 1999

Karl-Heinz Fezer

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Das Markengesetz, das am 1. Januar 1995 in Kraft trat und das Warenzeichengesetz ablöste, stellt eine *grundlegende Reform* des deutschen Kennzeichenrechts dar. Abschluss jahrzehntelanger Reformbestrebungen, Vereinheitlichung des gesamten Kennzeichenrechts, Rechtsangleichung

Vorwort

auf Grund europäischen Richtlinienrechts und Harmonisierung des nationalen Markenrechts mit dem Gemeinschaftsmarkenrecht sind Stichworte zum Markenrechtsreformgesetz sowie zum Markenrechtsänderungsgesetz.

Gegenstand des Buches sind ein *Kommentar* zum Markengesetz, zur Pariser Verbandsübereinkunft und zum Madrider Markenabkommen sowie eine *Dokumentation* des nationalen, europäischen und internationalen Kennzeichenrechts. Das Gemeinschaftsmarkenrecht wird im Überblick dargestellt.

Die Gegenwart des Kennzeichenrechts ist gleichermaßen bestimmt von der Tradition einer jahrhundertealten Geschichte sowie der Innovation auf Grund einer Internationalisierung des Rechts auf globalen Märkten. Wie allgemein im Recht gilt: Recht ist Kultur und ereignet sich als Geschichte. In Fortschreibung des Warenzeichenrechts bedarf das Markengesetz einer *rechtsangleichenden Auslegung* auf der Grundlage des Europäischen Gemeinschaftsrechts. Vorrangige Bedeutung kommt den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes, einer richtlinienkonformen Auslegung und einer Berücksichtigung der Regelungen des Gemeinschaftsmarkenrechts sowie des TRIPs-Abkommens zu. Die Kommentierung folgt einer diese rechtlichen Vorgaben integrierenden Darstellung des Markenrechts.

In der geschichtlichen Entwicklung des Markenrechts zeichnet sich ein *Paradigmenwechsel* in der Lehre von den rechtlichen Funktionen der Marke von der Herkunftsfunktion zur Identifizierungsfunktion ab. Der Markenschutz dient dem Rechtsschutz der *ökonomischen Funktionen* der Marke als einer Unternehmensleistung auf dem Markt. Die Kommentierung steht unter dem Leitmotiv: Die Marke identifiziert und kommuniziert. Die Marke wird als ein *produktidentifizierendes Unterscheidungszeichen* verstanden.

Grundlage dieser Kommentierung des Markengesetzes ist die 12. Auflage des Kommentars zum Warenzeichengesetz von Baumbach/Hefermehl aus dem Jahre 1985; die Darstellung des Rechts der geschäftlichen Bezeichnungen (§§ 5, 15 MarkenG) beruht auf der Kommentierung des § 16 UWG a. F. der 17. Auflage des Kommentars zum Wettbewerbsrecht von Baumbach/Hefermehl aus dem Jahre 1993. Meinem akademischen Lehrer, *Herrn Professor Dr. Dr. h. c. Wolfgang Hefermehl*, danke ich herzlich für das mir geschenkte Vertrauen, seinen Kommentar fortzuführen. Ihm widme ich das vorliegende Werk.

Zielsetzung des Kommentars ist es, auf der Grundlage einer eigenständigen wissenschaftlichen Darstellung den Stand der *Rechtsprechung* zu beschreiben, die wissenschaftliche Diskussion im *Schrifttum* nachzuzeichnen und Entwicklungslinien aufzuzeigen.

Konstanz, im Herbst 1996

Karl-Heinz Fezer

Inhaltsverzeichnis

Die Kommentatorinnen und Kommentatoren	V
Die Verfasserinnen und Verfasser der Kommentartexte	VII
Vorwort	IX
Aus den Vorworten zur ersten bis zur vierten Auflage	XI
Online-Dokumentation	XXIII
Literaturverzeichnis	XXXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV

Erster Teil Kommentar zum Markengesetz

Einleitung in das deutsche, europäische und internationale Marken- und Kennzeichenrecht	1
A. Geschichte des Markenrechts	3
B. Überblick über die gesetzliche Regelung des MarkenG	15
C. Rechtsprinzipien der Marke und der sonstigen Kennzeichen	16
D. Die Funktionen der Marke	21
E. Rechtslage nach dem Erstreckungsgesetz	45
F. Domainrecht – Kennzeichen im Internet	56
G. Internationales Markenprivatrecht	145
H. Internationales Markenprozessrecht	164
I. Die richtlinienoptimierende Auslegung und Auslegungsdirektiven	171
Kommentierung des Markengesetzes	175

Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen (Markengesetz – MarkenG)

Teil 1. Anwendungsbereich

§ 1 Geschützte Marken und sonstige Kennzeichen	177
§ 2 Anwendung anderer Vorschriften	184

Teil 2. Voraussetzungen, Inhalt und Schranken des Schutzes von Marken und geschäftlichen Bezeichnungen; Übertragung und Lizenz

Abschnitt 1. Marken und geschäftliche Bezeichnungen; Vorrang und Zeitrang	212
§ 3 Als Marke schutzfähige Zeichen	213
§ 4 Entstehung des Markenschutzes	458
§ 5 Geschäftliche Bezeichnungen	525
§ 6 Vorrang und Zeitrang	528
Abschnitt 2. Voraussetzungen für den Schutz von Marken durch Eintragung ..	537
§ 7 Inhaberschaft	538
§ 8 Absolute Schutzhindernisse	554
§ 9 Angemeldete oder eingetragene Marken als relative Schutzhindernisse	830
§ 10 Notorisch bekannte Marken	837
§ 11 Agentenmarken	841
§ 12 Durch Benutzung erworbene Marken und geschäftliche Bezeichnungen mit älterem Zeitrang	850
§ 13 Sonstige ältere Rechte	855

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt 3. Schutzzinhalt; Rechtsverletzungen	859
§ 14 Ausschließliches Recht des Inhabers einer Marke; Unterlassungsanspruch; Schadensersatzanspruch	859
§ 14a Waren unter zollamtlicher Überwachung	1391
§ 15 Ausschließliches Recht des Inhabers einer geschäftlichen Bezeichnung; Unterlassungsanspruch; Schadensersatzanspruch	1410
§ 16 Wiedergabe einer eingetragenen Marke in Nachschlagewerken	1576
§ 17 Ansprüche gegen Agenten oder Vertreter	1584
§ 18 Vernichtungs- und Rückrufansprüche	1591
§ 19 Auskunftsanspruch	1625
§ 19a Vorlage- und Besichtigungsansprüche	1657
§ 19b Sicherung von Schadensersatzansprüchen	1675
§ 19c Urteilsbekanntmachung	1680
§ 19d Ansprüche aus anderen gesetzlichen Vorschriften	1685
Abschnitt 4. Schranken des Schutzes	1686
§ 20 Verjährung	1687
§ 21 Verwirkung von Ansprüchen	1702
§ 22 Ausschluß von Ansprüchen bei Bestandskraft der Eintragung einer Marke mit jüngeren Zeitrang	1738
§ 23 Benutzung von Namen und beschreibenden Angaben; Ersatzteilgeschäft	1745
§ 24 Erschöpfung	1825
§ 25 Ausschluss von Ansprüchen bei mangelnder Benutzung	1946
§ 26 Benutzung der Marke	1963
Abschnitt 5. Marken als Gegenstand des Vermögens	2076
§ 27 Rechtsübergang	2077
§ 28 Vermutung der Rechtsinhaberschaft; Zustellungen an den Inhaber	2104
§ 29 Dingliche Rechte; Zwangsvollstreckung; Insolvenzverfahren	2114
§ 30 Lizenzen	2137
§ 31 Angemeldete Marken	2182
Teil 3. Verfahren in Markenangelegenheiten	
Abschnitt 1. Eintragsverfahren	2186
§ 32 Erfordernisse der Anmeldung	2188
§ 33 Anmeldetag; Anspruch auf Eintragung; Veröffentlichung der Anmeldung	2225
§ 34 Ausländische Priorität	2230
§ 35 Ausstellungspriorität	2236
§ 36 Prüfung der Anmeldungserfordernisse	2240
§ 37 Prüfung auf absolute Schutzhindernisse; Bemerkungen Dritter	2247
§ 38 Beschleunigte Prüfung	2263
§ 39 Zurücknahme, Einschränkung und Berichtigung der Anmeldung	2266
§ 40 Teilung der Anmeldung	2273
§ 41 Eintragung, Veröffentlichung und Markeninformation	2278
§ 42 Widerspruch	2284
§ 43 Einrede mangelnder Benutzung; Entscheidung über den Widerspruch	2320
§ 44 Eintragungsbewilligungsklage	2340
Abschnitt 2. Berichtigung; Teilung; Schutzdauer und Verlängerung	2350
§ 45 Berichtigung des Registers und von Veröffentlichungen	2350
§ 46 Teilung der Eintragung	2353
§ 47 Schutzdauer und Verlängerung	2359
Abschnitt 3. Verzicht, Verfalls- und Nichtigkeitsverfahren	2365
§ 48 Verzicht	2365
§ 49 Verfall	2370
§ 50 Nichtigkeit wegen absoluter Schutzhindernisse	2398
§ 51 Nichtigkeit wegen des Bestehens älterer Rechte	2412

§ 52	Wirkungen des Verfalls und der Nichtigkeit	2420
§ 53	Verfalls- und Nichtigkeitsverfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt	2427
§ 54	Beitritt zum Verfalls- und Nichtigkeitsverfahren	2435
§ 55	Verfalls- und Nichtigkeitsverfahren vor den ordentlichen Gerichten	2436
Abschnitt 4. Allgemeine Vorschriften für das Verfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt		2449
§ 56	Zuständigkeiten im Deutschen Patent- und Markenamt	2454
§ 57	Ausschließung und Ablehnung	2459
§ 58	Gutachten	2463
§ 59	Ermittlung des Sachverhalts; rechtliches Gehör	2464
§ 60	Ermittlungen; Anhörungen; Niederschrift	2469
§ 61	Beschlüsse; Rechtsmittelbelehrung	2474
§ 62	Akteneinsicht; Registereinsicht	2481
§ 62a	Datenschutz	2488
§ 63	Kosten der Verfahren	2490
§ 64	Erinnerung	2502
§ 64a	Kostenregelungen im Verfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt ..	2510
§ 65	Rechtsverordnungsermächtigung	2514
§ 65a	Verwaltungszusammenarbeit	2521
Abschnitt 5. Verfahren vor dem Bundespatentgericht		2522
§ 66	Beschwerde	2526
§ 67	Beschwerdesenate; Öffentlichkeit der Verhandlung	2537
§ 68	Beteiligung des Präsidenten oder der Präsidentin des Deutschen Patent- und Markenamts	2538
§ 69	Mündliche Verhandlung	2542
§ 70	Entscheidung über die Beschwerde	2544
§ 71	Kosten des Beschwerdeverfahrens	2555
§ 72	Ausschließung und Ablehnung	2564
§ 73	Ermittlung des Sachverhalts; Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	2570
§ 74	Beweiserhebung	2574
§ 75	Ladungen	2578
§ 76	Gang der Verhandlung	2579
§ 77	Niederschrift	2582
§ 78	Beweiswürdigung; rechtliches Gehör	2586
§ 79	Verkündung; Zustellung; Begründung	2588
§ 80	Berichtigungen	2591
§ 81	Vertretung; Vollmacht	2595
§ 81a	Verfahrenskostenhilfe	2603
§ 82	Anwendung weiterer Vorschriften; Anfechtbarkeit; Akteneinsicht	2605
Abschnitt 6. Verfahren vor dem Bundesgerichtshof		2611
§ 83	Zugelassene und zulassungsfreie Rechtsbeschwerde	2612
§ 84	Beschwerdeberechtigung; Beschwerdegründe	2631
§ 85	Förmliche Voraussetzungen	2635
§ 86	Prüfung der Zulässigkeit	2644
§ 87	Mehrere Beteiligte	2644
§ 88	Anwendung weiterer Vorschriften	2646
§ 89	Entscheidung über die Rechtsbeschwerde	2648
§ 89a	Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	2653
§ 90	Kostenentscheidung	2656
Abschnitt 7. Gemeinsame Vorschriften		2663
§ 91	Wiedereinsetzung	2663
§ 91a	Weiterbehandlung der Anmeldung	2668
§ 92	Wahrheitspflicht	2673
§ 93	Amtssprache und Gerichtssprache	2674

Inhaltsverzeichnis

§ 93a	Entschädigung von Zeugen, Vergütung von Sachverständigen	2675
§ 94	Zustellungen; Verordnungsermächtigung	2676
§ 95	Rechtshilfe	2683
§ 95a	Elektronische Verfahrensführung, Verordnungsermächtigung	2684
§ 96	Inlandsvertreter	2691
§ 96a	Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren	2698

Teil 4. Kollektivmarken

§ 97	Kollektivmarken	2706
§ 98	Inhaberschaft	2714
§ 99	Eintragbarkeit von geographischen Herkunftsangaben als Kollektivmarken	2720
§ 100	Schranken des Schutzes; Benutzung	2722
§ 101	Klagebefugnis; Schadensersatz	2725
§ 102	Kollektivmarkensatzung	2727
§ 103	Prüfung der Anmeldung	2733
§ 104	Änderung der Kollektivmarkensatzung	2735
§ 105	Verfall	2737
§ 106	Nichtigkeit wegen absoluter Schutzhindernisse	2741

Teil 5. Gewährleistungsmarken

§ 106a	Gewährleistungsmarken	2751
§ 106b	Inhaberschaft und ernsthafte Benutzung	2759
§ 106c	Klagebefugnis; Schadensersatz	2762
§ 106d	Gewährleistungsmarkensatzung	2765
§ 106e	Prüfung der Anmeldung	2769
§ 106f	Änderung der Gewährleistungsmarkensatzung	2770
§ 106g	Verfall	2772
§ 106h	Nichtigkeit wegen absoluter Schutzhindernisse	2775

Teil 6. Schutz von Marken nach dem Protokoll zum Madrider Markenabkommen; Unionsmarken

Abschnitt 1. Schutz von Marken nach dem Protokoll zum Madrider Markenabkommen

		2777
§ 107	Anwendung der Vorschriften dieses Gesetzes; Sprachen	2778
§ 108	Antrag auf internationale Registrierung	2780
§ 109	Gebühren	2782
§ 110	Vermerk in den Akten, Eintragung im Register	2785
§ 111	Nachträgliche Schutzerstreckung	2785
§ 112	Wirkung der internationalen Registrierung und der nachträglichen Schutzerstreckung	2788
§ 113	Prüfung auf absolute Schutzhindernisse	2789
§ 114	Widerspruch gegen eine international registrierte Marke	2792
§ 115	Schutzentziehung	2793
§ 116	Widerspruch aufgrund einer international registrierten Marke und Antrag oder Klage auf Erklärung der Nichtigkeit aufgrund einer international registrierten Marke	2795
§ 117	Ausschluss von Ansprüchen wegen mangelnder Benutzung	2796
§ 118	Umwandlung einer internationalen Registrierung	2797

Abschnitt 2. Unionsmarken

		2801
§ 119	Anwendung der Vorschriften dieses Gesetzes	2802
§ 120	Nachträgliche Feststellung der Ungültigkeit einer Marke	2807
§ 121	Umwandlung von Unionsmarken	2809
§ 122	Unionsmarkenstreitsachen; Unionsmarkengerichte	2812
§ 123	Unterrichtung der Kommission	2817
§ 124	Örtliche Zuständigkeit der Unionsmarkengerichte	2818

Inhaltsverzeichnis

§ 125	Insolvenzverfahren	2818
§ 125a	Erteilung der Vollstreckungsklausel	2819

Teil 7. Geographische Herkunftsangaben

Abschnitt 1. Schutz geographischer Herkunftsangaben

2828

§ 126	Als geographische Herkunftsangaben geschützte Namen, Angaben oder Zeichen	2835
§ 127	Schutzinhalt	2854
§ 128	Ansprüche wegen Verletzung	2869
§ 129	Verjährung	2879

Abschnitt 2. Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012

2880

§ 130	Verfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt; nationales Einspruchsverfahren	2933
§ 131	Zwischenstaatliches Einspruchsverfahren	2945
§ 132	Antrag auf Änderung der Spezifikation, Lösungsverfahren	2949
§ 133	Rechtsmittel	2955
§ 134	Überwachung	2958
§ 135	Ansprüche wegen Verletzung	2963
§ 136	Verjährung	2970

Abschnitt 3 Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen

2971

§ 137	Nähere Bestimmungen zum Schutz einzelner geographischer Herkunftsangaben	2971
§ 138	Sonstige Vorschriften für das Verfahren bei Anträgen und Einsprüchen nach der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012	2974
§ 139	Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1151/2012; Verordnungsermächtigung	2975

Teil 8. Verfahren in Kennzeichenstreitsachen

§ 140	Kennzeichenstreitsachen	2979
§ 141	Gerichtsstand bei Ansprüchen nach diesem Gesetz und dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	3003
§ 142	Streitwertbegünstigung	3005

Teil 9. Straf- und Bußgeldvorschriften; Beschlagnahme bei der Einfuhr und Ausfuhr

Abschnitt 1. Straf- und Bußgeldvorschriften

3017

§ 143	Strafbare Kennzeichenverletzung	3018
§ 143a	Strafbare Verletzung der Unionsmarke	3034
§ 144	Strafbare Benutzung geographischer Herkunftsangaben	3037
§ 145	Bußgeldvorschriften	3042

Abschnitt 2. Beschlagnahme von Waren bei der Einfuhr und Ausfuhr

3046

§ 146	Beschlagnahme bei der Verletzung von Kennzeichenrechten	3049
§ 147	Einziehung; Widerspruch; Aufhebung der Beschlagnahme	3056
§ 148	Zuständigkeiten; Rechtsmittel	3058
§ 149	Schadensersatz bei ungerechtfertigter Beschlagnahme	3062
§ 150	Verfahren nach der Verordnung (EU) Nr. 608/2013	3063
§ 151	Verfahren nach deutschem Recht bei geographischen Herkunftsangaben	3091

Inhaltsverzeichnis

Teil 10. Übergangsvorschriften

§ 152	Anwendung dieses Gesetzes	3095
§ 153	Schranken für die Geltendmachung von Verletzungsansprüchen	3098
§ 154	Dingliche Rechte; Zwangsvollstreckung; Konkursverfahren	3102
§ 155	Lizenzen	3102
§ 156	Löschung einer eingetragenen Marke wegen absoluter Schutzhindernisse	3103
§ 157	Löschung einer eingetragenen Marke wegen des Bestehens älterer Rechte	3104
§ 158	Übergangsvorschriften	3106
§ 159	Schutzdauer und Verlängerung	3110
§§ 160–165	(aufgehoben bzw. nicht mehr belegt)	3111

Zweiter Teil.

Internationales Markenrecht

A. Einführung in das Recht der internationalen Verträge

I.	Quellen, Geschichte und Entwicklung der internationalen Verträge auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes	3116
1.	Mehrseitige Abkommen	3116
a)	Der Pariser Verband und seine Sonderabkommen	3116
aa)	Die Pariser Verbandsübereinkunft (PVÜ)	3116
bb)	Das Madrider Markenabkommen (MMA)	3117
cc)	Das Protokoll zum Madrider Markenabkommen (PMMA)	3117
dd)	Das Nizzaer Klassifikationsabkommen (NKA)	3118
ee)	Das Wiener Klassifikationsabkommen (WKA)	3119
ff)	Das Madrider Herkunftsabkommen (MHA)	3119
gg)	Das Lissaboner Ursprungsabkommen (LUA)	3120
hh)	Der Markenrechtsvertrag (Trademark Law Treaty – TLT)	3120
ii)	Der Vertrag über die internationale Registrierung von Marken (Trademark Registration Treaty – TRT)	3121
b)	Die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO/OMPI)	3121
c)	Gewerblicher Rechtsschutz im Rahmen der Welthandelsorganisation (TRIPS-Abkommen)	3121
aa)	Entstehung des TRIPS-Abkommens	3123
bb)	Zielsetzung des TRIPS-Abkommens	3123
cc)	Inhalt des TRIPS-Abkommens	3123
dd)	Verhältnis des TRIPS-Abkommens zur PVÜ und ihren Sonderabkommen	3126
d)	Geltungsbereich der Verbandsverträge	3126
aa)	Aktueller Stand	3126
bb)	Räumlicher Geltungsbereich	3126
cc)	Zeitlicher Geltungsbereich	3126
2.	Zweiseitige Abkommen	3126
a)	Vorrang der zweiseitigen Abkommen	3126
b)	Abkommen zwischen Österreich und Deutschland	3127
c)	Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland	3128
aa)	Außerkräfttreten des Übereinkommens	3128
bb)	Zwischenstaatliche Zurechnung einer rechtserhaltenden Benutzung	3128
cc)	Übergangsweise Anwendung einer Drittstaatenregelung	3129
dd)	Weitere deutsch-schweizerische Abkommen	3130
3.	Internationale Investitionsabkommen	3130
a)	Rechtspolitische Bedeutung für das geistige Eigentum	3130
b)	Behandlungsstandards	3131
c)	Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus	3131
d)	Einzelne Verfahren	3131
e)	Rechtsentwicklung in der EU	3132
II.	Verbandsverträge und nationales Recht	3133
1.	Transformation	3133

Inhaltsverzeichnis

2. Unmittelbare Anwendung	3133
3. Rechtslage nach dem Zweiten Weltkrieg	3133
a) Bundesrepublik Deutschland	3133
b) Deutsche Demokratische Republik	3134
c) Sonderregelungen	3134
d) Rechtslage nach der Wiedervereinigung Deutschlands	3134

B. Kommentierung zur Pariser Verbandsübereinkunft und zum Madrider Abkommen

I. Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums

Vorbemerkung	3141
Art. 1 [Schutz und Bedeutung]	3141
Art. 2 [Verbandsangehörige]	3142
Art. 3 [Weitere Verbandsangehörige]	3145
Art. 4 [Prioritätsfristen]	3145
Art. 4 ^{bis} [Prioritätsvorrecht]	3150
Art. 4 ^{ter} [Namensnennung]	3150
Art. 4 ^{quater} [Verweigerung]	3150
Art. 5 [Verfall]	3151
Art. 5 ^{bis} [Nachfrist]	3152
Art. 5 ^{ter} [Eingriff in Rechte]	3153
Art. 5 ^{quater} [Rechte]	3153
Art. 5 ^{quinquies} [Schutz]	3153
Art. 6 [Innerstaatliche Rechtsvorschriften]	3153
Art. 6 ^{bis} [Verpflichtung der Verbandsländer]	3154
Art. 6 ^{ter} [Anwendungsbestimmungen]	3158
Art. 6 ^{quater} [Weitere Bestimmungen]	3161
Art. 6 ^{quinquies} [Handelsmarken]	3162
Art. 6 ^{sexies} [Dienstleistungsmarken]	3169
Art. 6 ^{septies} [Inhaberrechte]	3169
Art. 7 [Bestimmungen zur Anbringung]	3170
Art. 7 ^{bis} [Schutzverweigerung]	3171
Art. 8 [Handelsname]	3171
Art. 9 [Beschlagnahme]	3174
Art. 10 [Anwendbarkeit von Art. 9]	3175
Art. 10 ^{bis} [Schutz gegen unlauteren Wettbewerb]	3176
Art. 10 ^{ter} [Rechtsbehelf]	3177
Art. 11 [Zeitweiliger Schutz]	3178
Art. 12 [Zentralhinterlegungsstelle]	3179
Art. 13 [Verbandsversammlung]	3179
Art. 14 [Exekutivausschuss]	3181
Art. 15 [Internationales Büro]	3183
Art. 16 [Haushaltsplan]	3184
Art. 17 [Änderungsvorschläge]	3185
Art. 18 [Revisionen]	3186
Art. 19 [Sonderabkommen]	3186
Art. 20 [Ratifizierung]	3187
Art. 21 [Beitrittsurkunden]	3188
Art. 22 [Ausnahmen]	3189
Art. 23 [Frühere Fassungen]	3189
Art. 24 [Notifikation]	3189
Art. 25 [Gewährleistung]	3189
Art. 26 [Kündigungsrecht]	3189
Art. 27 [Weitere Anwendungsbestimmungen]	3190
Art. 28 [Sonstige Anwendungsbestimmungen]	3190
Art. 29 [Generaldirektor]	3190
Art. 30 [Mitgliedschaft]	3191

Inhaltsverzeichnis

II. Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken

Vorbemerkung	3194
Art. 1	[Sicherung des Markenschutzes] 3200
Art. 2	[Angehörige dritter Länder] 3202
Art. 3	[Internationale Registrierung] 3202
Art. 3 ^{bis}	[Einschränkung des Schutzes aus internationaler Registrierung] 3207
Art. 3 ^{ter}	[Gesuch um Ausdehnung des Schutzes] 3207
Art. 4	[Inhalt und Umfang des Markenschutzes] 3209
Art. 4 ^{bis}	[Internationale Registrierung nach nationaler Eintragung] 3211
Art. 5	[Verweigerung des Markenschutzes] 3213
Art. 5 ^{bis}	[Belege für Rechtmäßigkeit] 3218
Art. 5 ^{ter}	[Abschrift vor Eintragung] 3218
Art. 6	[Schutzdauer] 3219
Art. 7	[Erneuerung der Registrierung] 3222
Art. 8	[Gebühren] 3225
Art. 8 ^{bis}	[Partieller Verzicht auf Markenschutz] 3227
Art. 9	[Mitteilung von Veränderungen] 3229
Art. 9 ^{bis}	[Übertragung von Marken] 3230
Art. 9 ^{ter}	[Teilübertragung] 3233
Art. 9 ^{quater}	[Vereinheitlichung der Landesgesetze] 3234
Art. 10	[Versammlung des besonderen Verbandes] 3235
Art. 11	[Verwaltungsaufgaben] 3236
Art. 12	[Haushaltsplan] 3237
Art. 13	[Änderung der Art. 10 bis 13] 3238
Art. 14	[Ratifikation, Beitritt] 3239
Art. 15	[Geltungsdauer des Abkommens, Kündigung] 3240
Art. 16	[Frühere Fassungen dieses Abkommens] 3240
Art. 17	[Unterzeichnung, Hinterlegung] 3241
Art. 18	[Übergangsbestimmungen] 3241
Sachverzeichnis	3243

Online-Dokumentation

Die Hyperlinks zu den nachstehend genannten Quellen sind abrufbar unter <https://rsw.beck.de/buecher/fezer-markenrecht>. Siehe auch die Dokumentation im Rahmen der Voraufgabe dieses Werks.

Gesetzestexte

I. Nationale Rechts- und Verwaltungsvorschriften; Marken und sonstige Kennzeichen

Allgemeines Markenrecht

1. Gesetz zur Reform des Markenrechts und zur Umsetzung der Ersten Richtlinie 89/104/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (**Markenrechtsreformgesetz – MRRG**) vom 25.10.1994, BGBl. I 3082, ber. BGBl. 1995 I 156
Gesetzesentwurf der BReg vom 14.1.1994, BT-Drs. 12/6581, 53
2. **Markenrechtsänderungsgesetz** 1996 (MarkenRÄndG) vom 19.7.1996, BGBl. I 1014
Gesetzesentwurf der BReg vom 23.2.1996, BT-Drs. 13/3841, 7
3. Gesetz zur **Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums** (VDRgEG) vom 7.7.2008, BGBl. I 1191
Gesetzesentwurf der BReg vom 20.4.2007, BT-Drs. 16/5048, 25
4. Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschrift der Mitgliedstaaten über die Marken (**Markenrechtsmodernisierungsgesetz – MaMoG**) vom 11.12.2018, BGBl. I 2357
Gesetzesentwurf der BReg v. 20.6.2018, BT-Drs. 19/2898, 50

Formelles Markenrecht

5. Verordnung zur Ausführung des Markengesetzes (**Markenverordnung – MarkenV**) vom 11.5.2004, BGBl. I 872
- 5a. Bekanntmachung der **Klasseneinteilung** und der **alphabetischen Listen der Waren** und Dienstleistungen gemäß § 19 der Markenverordnung vom 13. Dezember 2022 (in Kraft getreten am 1.1.2023), BAAnz AT 22.12.2022 B5
- 5b. Empfehlungsliste des Deutschen Patent- und Markenamtes zur **Klasseneinteilung der Waren und Dienstleistungen** (Ausgabe Januar 2023), <https://www.dpma.de/docs/formulare/marken/w7733.pdf>
6. Richtlinie für die Prüfung von Markenmeldungen und für die Registerführung (**Richtlinie Markenmeldungen – MarkenmeldungenRL**) vom 1.8.2018, abrufbar unter <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html#a5>
7. Richtlinie für das markenrechtliche Widerspruchsverfahren (**Richtlinie Widerspruchsverfahren**) vom 17.11.1997, BIPMZ 1998, 1
8. Richtlinien für die Umschreibung von Schutzrechten und Schutzrechtsanmeldungen in den beim Deutschen Patent- und Markenamt geführten Schutzrechtsregistern (Patent-, Gebrauchsmuster-, Marken-, Design- und Topografieregister) (**Umschreibungsrichtlinien**) vom 14.12.2018, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html#a5>
9. Verordnung über die Wahrnehmung einzelner den Prüfungsstellen, der Gebrauchsmusterstelle, den Markenstellen und den Abteilungen des Patentamts obliegender Geschäfte (**Wahrnehmungsverordnung – WahrnV**) vom 14.12.1994, BGBl. I 3812
10. Verordnung über das Deutsche Patent- und Markenamt (**DPMA-Verordnung – DPMAV**) vom 1.4.2004, BGBl. I 514
11. Verordnung über den **elektronischen Rechtsverkehr beim Deutschen Patent- und Markenamt (ERVDPMAV)** vom 1.11.2013, BGBl. I 3906
12. Verordnung über die **elektronische Aktenführung bei dem Deutschen Patent- und Markenamt, dem Patentgericht und dem Bundesgerichtshof (EAPatV)** vom 10.2.2010, BGBl. I 83

Inhaltsverzeichnis

13. Verordnung über den **elektronischen Rechtsverkehr beim Bundesgerichtshof und Bundespatentgericht (BGH/BPatGERVV)** vom 24.8.2007, BGBl. I 2130
14. Gesetz über die **Kosten des Deutschen Patent- und Markenamts und des Bundespatentgerichts (Patentkostengesetz – PatKostG)** vom 13.12.2001, BGBl. I 3656
15. Verordnung über die **Zahlung der Kosten des Deutschen Patent- und Markenamts und des Bundespatentgerichts (Patentkostenzahlungsverordnung – PatKostZV)** vom 15.10.2003, BGBl. I 2083
16. Verordnung über **Verwaltungskosten beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA-Verwaltungskostenverordnung – DPMA VwKostV)** vom 14.7.2006, BGBl. I 1586
17. Gesetz über die **Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland (EuPAG)** vom 12.5.2017, BGBl. I 1121, 1137
18. Warenzeichengesetz (WZG) vom 2.1.1968, BGBl. I 29 (*außer Kraft*)
19. Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik über Warenkennzeichen (WKG) vom 30.11.1984, DDR GBl. I Nr. 33 (*außer Kraft*)
20. Gütezeichenverordnung vom 9.4.1942, R.GBl. I 273 (*außer Kraft*)
21. Gesetz zur Änderung des Patentgesetzes und des Gesetzes über Warenkennzeichen (WKGÄndG) vom 29.6.1990, DDR GBl. I Nr. 40 (*außer Kraft*)
22. Gesetz über die **Erstreckung von gewerblichen Schutzrechten (Erstreckungsgesetz – ErstrG)** vom 23.4.1992, BGBl. I 938

Schutz besonderer Kennzeichen

23. Verordnung zum Schutz des Namens Solingen (**Solingenverordnung – SolingenV**) vom 16.12.1994, BGBl. I 3833
24. Verordnung zum Schutz der geografischen Herkunftsangabe „Glashütte“ (**Glashüttevverordnung – GlashütteV**) vom 22.2.2022, BGBl. I 218
25. Gesetz zur Kennzeichnung von Bleikristall und Kristallglas (**Kristallglaskennzeichnungsgesetz – KristallKennzG**) vom 25.6.1971, BGBl. I 857
26. Gesetz zum Schutz des olympischen Emblems und der olympischen Bezeichnung (**Olympiaschutzgesetz – OlympSchG**) vom 31.3.2004, BGBl. I 479

Kennzeichnungsrelevante Regelungen

27. Verordnung über das Inverkehrbringen von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln (**Düngemittelverordnung – DüMV**) vom 5.12.2012, BGBl. I 2482
28. **Saatgutverkehrsgesetz (SaatG)** vom 20.8.1985 idF der Bekanntmachung vom 16.7.2004, BGBl. I 1673
29. Verordnung über Anforderungen an die Hygiene beim Herstellen, Behandeln und Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs (**Tierische Lebensmittel-Hygieneverordnung – Tier-LMHV**) vom 8.8.2007 idF der Bekanntmachung vom 18.4.2018, BGBl. I 480, 619

Kennzeichnung von Lebensmitteln

30. Gesetz zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Union über Qualitätsregelungen betreffend garantiert traditionelle Spezialitäten und fakultative Qualitätsangaben (**Lebensmittelspezialitätengesetz – LSpG**) vom 29.10.1993, BGBl. I, 1814
31. Verordnung zur Durchführung des Lebensmittelspezialitätengesetzes (**Lebensmittelspezialitätenverordnung – LSpV**) vom 21.12.1993, BGBl. I 2428
32. **Bierverordnung (BierV)** vom 2.7.1990, BGBl. I 1332
33. Verordnung über **Butter und andere Milchstreichfette (ButterV)** vom 3.2.1997, BGBl. I 144
34. Verordnung über Fruchtsaft, Fruchtnektar, koffeinhaltige Erfrischungsgetränke und Kräuter- und Früchtetee für Säuglinge oder Kleinkinder (**Fruchtsaft-, Erfrischungsgetränke- und Teeverordnung – FrSaftErfrischGetrTeeV**) vom 24.5.2004, BGBl. I 1016
35. **Honigverordnung (HonigV)** vom 16.1.2004, BGBl. I 92
36. **Käseverordnung (KäseV)** vom 24.6.1965 idF der Bekanntmachung vom 14.4.1986, BGBl. I 412
37. Verordnung über **Kaffee, Kaffee- und Zichorien-Extrakte (KaffeeV)** vom 15.11.2001, BGBl. I 3107

38. Verordnung über **Kakao- und Schokoladenerzeugnisse (Kakaoverordnung – KakaoV)** vom 15.12.2003, BGBl. I 2738
39. Verordnung über **Konfitüren und einige ähnliche Erzeugnisse (Konfitürenverordnung – KonfV)** vom 23.10.2003, BGBl. I 2151
40. Verordnung über **Margarine- und Mischfetterzeugnisse (Margarine- und Mischfetterverordnung – MargMFV)** vom 31.8.1990, BGBl. I 1989; 2259
41. Gesetz über Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse (**Tabakerzeugnisgesetz – TabakerzG**) vom 4.4.2016, BGBl. I 569
42. **Weingesetz (WeinG)** vom 8.7.1994 idF der Bekanntmachung vom 18.1.2011, BGBl. I 66
43. **Weinverordnung (WeinV)** vom 9.5.1995 idF der Bekanntmachung vom 21.4.2009, BGBl. I 827
44. Verordnung über einige zur menschlichen Ernährung bestimmte Zuckerarten (**Zuckerartenverordnung – ZuckArtV**) vom 23.10.2003, BGBl. I 2098

Konzentrationsregelungen gem. § 140 Abs. 2 MarkenG

45. **Baden-Württemberg-VO** gemäß § 140 Abs. 2 vom 20.11.1998, GVBl. S. 680
46. **Bayern-VO** gemäß § 140 Abs. 2 vom 11.6.2012, GVBl. S. 295
47. **Brandenburg-Staatsvertrag** hinsichtlich § 140 Abs. 2 vom 13.12.2005, GVBl.I/06, [Nr. 4], S. 54, 56
48. **Hessen-VO** gemäß § 140 Abs. 2 vom 3.6.2013, GVBl. S. 386
49. **Mecklenburg-Vorpommern-VO** gemäß § 140 Abs. 2 vom 28.3.1994, GVOBl. S. 514
50. **Niedersachsen-VO** gemäß § 140 Abs. 2 vom 8.6.2023, GVBl. S. 94
51. **Nordrhein-Westfalen-VO** gemäß § 140 Abs. 2 vom 30.8.2011, GV. S. 468
52. **Rheinland-Pfalz-VO** gemäß § 140 Abs. 2 vom 22.11.1985, GVBl. S. 267
53. **Sachsen-Anhalt-VO** gemäß § 140 Abs. 2 vom 1.9.1992, GVBl. S. 664
54. **Sachsen-VO** gemäß § 140 Abs. 2 vom 7.3.2016, GVBl. S. 103
55. **Schleswig-Holstein-VO** gemäß § 140 Abs. 2 vom 15.11.2019, GVOBl. S. 546
56. **Thüringen-VO** gemäß § 140 Abs. 2 vom 17.11.2011, GVBl. S. 511

II. Europäische Rechtsvorschriften; Unionsmarken und sonstige Kennzeichen

Allgemeines Markenrecht

1. Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken, ABl. 2015 L 336, 1, ber. ABl. 2016 L 110, 6, (**Markenrichtlinie – MRL**)
2. Richtlinie 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken, ABl. EU 2008 L 299, 25 (*aufßer Kraft*)
3. Erste Richtlinie 89/104/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken, ABl. EG 1989 L 40, 1 (*aufßer Kraft*)
4. Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über die Unionsmarke (**Unionsmarkenverordnung**), ABl. 2017 L 154, 1
5. Delegierte Verordnung (EU) 2018/625 der Kommission vom 5. März 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Unionsmarke und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) 2017/1430, ABl. 2018 L 104, 1, ber. ABl. 2022 L 135, 34
6. Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Gemeinschaftsmarke, ABl. 2009 L 78, 1 (*aufßer Kraft*)
7. Delegierte Verordnung (EU) 2017/1430 der Kommission vom 18. Mai 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates über die Unionsmarke und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2868/95 der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 216/96 der Kommission, ABl. 2017 L 205, 1 (*aufßer Kraft*)
8. Verordnung (EG) Nr. 40/94 des Rates über die Gemeinschaftsmarke (GMV) vom 20. Dezember 1993, ABl. 1994 L 11, 1 (*aufßer Kraft*)
- 8a. Gemeinsame Erklärungen des Rates und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Protokoll des Rates anlässlich der Annahme der Verordnung des Rates vom 20. Dezember 1993 über die Gemeinschaftsmarke vom 28.5.1996, ABl. HABM v. 28.5.1996, 612

Inhaltsverzeichnis

9. Verordnung (EG) Nr. 2868/95 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 40/94 des Rates über die Gemeinschaftsmarke vom 13. Dezember 1995, ABl. 1995 L 303, 1 (*außer Kraft*)
10. Verordnung (EG) Nr. 2869/95 der Kommission über die an das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) zu entrichtenden Gebühren vom 13. Dezember 1995, ABl. 1995 L 303, 33 (*außer Kraft*)
11. Verordnung (EG) Nr. 216/96 der Kommission über die Verfahrensordnung vor den Beschwerdekammern des Harmonisierungsamts für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) vom 5.2.1996, ABl. 1996 L 28, 11 (*außer Kraft*)

Schutz geografischer Angaben und Ursprungsbezeichnungen

12. Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über **Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel**, ABl. 2012 L 343, 1
- 12a. Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates vom 20. März 2006 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, ABl. 2006 L 93, 12 (*außer Kraft*)
13. Verordnung (EG) Nr. 1898/2006 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel vom 14. Dezember 2006, ABl. 2006 L 369, 1 (*außer Kraft*)
14. Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates vom 14. Juli 1992 zum Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel vom 14.7.1992, ABl. 1992 L 208, 1 (*außer Kraft*)
Anhang zu Art. 38 Abs. 3 EGV, Anhang II des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft v. 25.3.1957
Übersicht über die EG-Verordnungen in den Verfahren nach den Art. 5 und 17 VO Nr. 2081/92 (vgl. die Vorauf.).
15. Verordnung (EWG) Nr. 2037/93 der Kommission vom 27. Juli 1993 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 zum Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel vom 27.7.1993, ABl. 1993 L 185, 5 (*außer Kraft*)
16. Verordnung (EG) Nr. 1107/96 der Kommission vom 12. Juni 1996 zur Eintragung geographischer Angaben und Ursprungsbezeichnungen gemäß dem Verfahren nach Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates vom 12.6.1996, ABl. EG 1996 L 148, 1
17. Verordnung (EG) Nr. 2400/96 der Kommission vom 17. Dezember 1996 zur Eintragung bestimmter Bezeichnungen in das Verzeichnis der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geographischen Angaben für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel gemäß Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates, ABl. EG 1996 L 327, 11
18. Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine **gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse** und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 vom 17.12.2013, ABl. 2013 L 347, 671
19. Delegierte Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission vom 17. Oktober 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Anträge auf Schutz von Ursprungsbezeichnungen, geografischen Angaben und traditionellen Begriffen im Weinsektor, das Einspruchsverfahren, Einschränkungen der Verwendung, Änderungen der Produktspezifikationen, die Löschung des Schutzes sowie die Kennzeichnung und Aufmachung, ABl. L 9, 2
20. Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, ABl. 2007 L 299, 1 (*außer Kraft*)
21. Richtlinie 2009/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Gewinnung von und den Handel mit **natürlichen Mineralwässern** (Neufassung) vom 18.6.2009, ABl. 2009 L 164, 45
22. Richtlinie 80/777/EWG des Rates vom 15. Juli 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Gewinnung von und den Handel mit natürlichen Mineralwässern, ABl. EWG 1980 L 229, 1 (*außer Kraft*)

23. Verordnung (EU) 2019/787 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Kennzeichnung von **Spirituosen**, die Verwendung der Bezeichnungen von Spirituosen bei der Aufmachung und Kennzeichnung von anderen Lebensmitteln, den Schutz geografischer Angaben für Spirituosen und die Verwendung von Ethylalkohol und Destillaten landwirtschaftlichen Ursprungs in alkoholischen Getränken sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 110/2008, ABl. 2019 L 130, 1
24. Verordnung (EG) Nr. 110/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 zur Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Etikettierung von Spirituosen sowie zum Schutz geografischer Angaben für Spirituosen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1576/89, ABl. 2008 L 39, 16 (*außer Kraft*)
25. Verordnung (EU) 2021/2117 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse, (EU) Nr. 1151/2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, (EU) Nr. 251/2014 über die Begriffsbestimmung, Beschreibung, Aufmachung und Etikettierung von **aromatisierten Weinerzeugnissen** sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse und (EU) Nr. 228/2013 über Sondermaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zugunsten der Regionen in äußerster Randlage der Union, ABl. 2021 L 435, 262
26. Verordnung (EU) Nr. 251/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Begriffsbestimmung, Beschreibung, Aufmachung und Etikettierung von aromatisierten Weinerzeugnissen sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates vom 26.2.2014, ABl. 2014 L 84, 1444 (*außer Kraft*)
27. Verordnung (EG) Nr. 509/2006 des Rates vom 20. März 2006 über die **garantiert traditionellen Spezialitäten bei Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln** vom 20.3.2006, ABl. 2006 L 93, 1 (*außer Kraft*)
28. Verordnung (EU) 2019/1753 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 über die Maßnahmen der Union nach ihrem **Beitritt zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben**, ABl. 2019 L 271 S. 1

Rechtsdurchsetzung

29. Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur **Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums** vom 29.4.2004, ABl. 2004 L 157, 45
30. Verordnung (EU) Nr. 608/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 zur **Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden** und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 vom 12.6.2013, ABl. 2013 L 181, 15
31. Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen Eigentums zu verletzen, und die Maßnahmen gegenüber Waren, die erkanntermaßen derartige Rechte verletzen, vom 22. Juli 2003, ABl. 2003 L 196, 7 (*außer Kraft*)
32. Verordnung (EG) Nr. 1891/2004 der Kommission mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen Eigentums zu verletzen, und die Maßnahmen gegenüber Waren, die erkanntermaßen derartige Rechte verletzen vom 21.10.2004, ABl. 2004 L 328, 16 (*außer Kraft*)
33. Verordnung (EG) Nr. 3295/94 des Rates über Maßnahmen, welche das Verbringen von Waren, die bestimmte Rechte am geistigen Eigentum verletzen, in die Gemeinschaft sowie ihre Ausfuhr und Wiederausfuhr aus der Gemeinschaft betreffen vom 22. Dezember 1994, ABl. 1994 L 341, 8 (*außer Kraft*)
34. 3. Verordnung (EG) Nr. 450/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaft (**Modernisierter Zollkodex**) vom 23.4.2008, ABl. 2008 L 145, 1 (*außer Kraft*)

Sonstige kennzeichenrechtlich relevanten Regelungen

35. Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 betreffend die **Information der Verbraucher über Lebensmittel**

Inhaltsverzeichnis

und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1924/2006 und (EG) Nr. 1925/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 87/250/EWG der Kommission, der Richtlinie 90/496/EWG des Rates, der Richtlinie 1999/10/EG der Kommission, der Richtlinie 2000/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 2002/67/EG und 2008/5/EG der Kommission und der Verordnung (EG) Nr. 608/2004 der Kommission vom 25.10.2011, ABl. 2011 L 304, 18

36. Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über **nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel**, ABl. 2006 L 404, 9
37. Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur **Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH)**, zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission, ABl. 2006 L 396, 1, ber. ABl. 2007 L 136, 3, ber. ABl. 2008 L 141, 22, ber. ABl. 2009 L 36, 84

Amtliche Veröffentlichungen

I. Allgemeine Veröffentlichungen

1. Anschriften von Behörden für gewerblichen Rechtsschutz, <https://www.dpma.de/docs/formulare/allgemein/r5044.pdf>
2. Übersicht der Patentinformationszentren, https://www.dpma.de/docs/dpma/veroeffentlichungen/2/piz_dt.pdf

II. Nationale Marken und sonstige Kennzeichen

1. Formblatt zur **Anmeldung einer Marke zur Eintragung** in das Register, abrufbar unter <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
2. Vorblatt für eine **Serie von Anmeldungen**, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
3. Merkblatt für Markenanmelder, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
4. Mitteilung Nr. 8/03 des Präsidenten des Deutschen Patentamts über den **Wegfall des Sonagramms als Form der grafischen Darstellung bei Hörmarken** in § 11 der Markenverordnung vom 3.9.2003, https://www.dpma.de/docs/dpma/mitteilungen/mitteilungen_des_praesidenten_2003.pdf
5. Formblatt zum **Widerspruch gegen die Eintragung** einer Marke bzw. gegen die Schutzerstreckung einer international registrierten Marke auf Deutschland, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
6. Formblatt zum Antrag bei Marken auf Eintragung eines **Rechtsübergangs** (für alle Waren und Dienstleistungen), abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
7. Formblatt zum Antrag bei Marken auf Eintragung eines **Teil-Rechtsübergangs** (für einen Teil der Waren und Dienstleistungen), abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
8. Mitteilung Nr. 6/06 des Präsidenten des Deutschen Patentamts über die Hinterlegung **Allgemeiner Vollmachten und Angestelltenvollmachten** beim Deutschen Patentamt vom 30.3.2006, https://www.dpma.de/docs/dpma/mitteilungen/mitteilungen_des_praesidenten_2006.pdf
9. Formblatt zur **Zustimmungserklärung** zur Eintragung eines Rechtsübergangs, einer Verpfändung bzw. eines sonstigen dinglichen Rechts, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
10. Formblatt zum Antrag auf Eintragung einer **Verpfändung, eines sonstigen dinglichen Rechts, einer Maßnahme der Zwangsvollstreckung oder eines Insolvenzverfahrens**, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>

11. Formblatt zur Erklärung der **Teilung der Anmeldung** bzw der Eintragung einer Marke abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
12. Formblatt zum Antrag auf vollständige bzw teilweise **Verlängerung** einer Marke abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
13. Formblatt zum Antrag auf vollständige bzw teilweise **Löschung** einer Marke wegen Verzichts, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
14. Formblatt auf Erklärung des teilweisen bzw. vollständigen **Verfalls** und vollständige Löschung einer Marke, teilweise Löschung einer Marke, vollständige Schutzentziehung einer international registrierten Marke, teilweise Schutzentziehung einer international registrierten Marke bzw. nachträgliche Feststellung der Ungültigkeit einer Marke, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
15. Formblatt zum Antrag auf Erklärung der vollständigen bzw. teilweisen **Nichtigkeit** und vollständige Löschung einer Marke, teilweise Löschung einer Marke, vollständige Schutzentziehung einer international registrierten Marke, teilweise Schutzentziehung einer international registrierten Marke bzw. nachträgliche Feststellung der Ungültigkeit einer Marke wegen absoluter Schutzhindernisse, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
16. Formblatt zum Antrag auf Eintragung von **Änderungen von Namen oder Anschriften**, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
17. Formblatt zum Antrag auf Ausfertigung eines Registerauszugs bzw einer Heimatbescheinigung mit oder ohne Apostille, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
18. Formblatt zum Antrag auf **Eintragung einer geografischen Angabe bzw Ursprungsbezeichnung**, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
19. Merkblatt über den Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
20. Formblatt zum Antrag auf **Änderung der Spezifikation** einer eingetragenen geografischen Angabe oder Ursprungsbezeichnung nach Artikel 53 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
21. Formblatt zum **Einspruch gegen die Eintragung einer geografischen Angabe oder Ursprungsbezeichnung** nach § 130 Abs. 4 MarkenG iVm Artikel 49 Abs. 3 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 (Nationaler Einspruch), abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
22. Formblatt zum **Einspruch gegen die Eintragung einer geografischen Angabe oder Ursprungsbezeichnung aus einem anderen Staat** nach § 131 MarkenG iVm Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 (Zwischenstaatlicher Einspruch), abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
23. Formblatt zum Antrag auf **Löschung einer eingetragenen geografischen Angabe oder Ursprungsbezeichnung** gemäß Art. 54 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012, abrufbar unter: <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html>
24. Kostenmerkblatt: **Gebühren und Auslagen** des Deutschen Patent- und Markenamts und des Bundespatentgerichts, <https://www.dpma.de/docs/formulare/allgemein/a9510.pdf>
25. RAL – Grundsätze für **Gütezeichen**, https://www.ral-guetezeichen.de/wp-content/uploads/sites/2/2017/07/grundsaeetze_fuer_guetezeichen-2022-06.pdf

III. Unionsmarke

1. Online-**Anmeldung einer Unionsmarke** unter <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/web/guest/apply-now>
2. Online-**Einreichung eines Widerspruchs**, erreichbar unter <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/forms-and-filings>
3. Hinweise zum Online-Widerspruch, <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/oppositions>
4. Online-Antrag **Beschwerdeschrift**, erreichbar unter <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/forms-and-filings>

Inhaltsverzeichnis

5. Hinweise zum Beschwerdeformblatt, https://euipo.europa.eu/tunnel-web/secure/webdav/guest/document_library/contentPdfs/forms_filings/all_downloadable_forms/ap-peal_note_de.pdf
6. Formblatt zur **Erteilung einer Allgemeinen Vollmacht bzw einer Einzelvollmacht**, abrufbar unter <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/forms-and-filings>
7. Hinweise zum Vollmachtsformular, abrufbar unter <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/forms-and-filings>
8. Online-Antrag auf **Erklärung der Nichtigkeit** einer UM/IR, erreichbar unter <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/forms-and-filings>
9. Hinweise zur Erklärung der Nichtigkeit und des Verfalls (Löschung), <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/invalidity-and-revocation>
10. Online-Antrag auf **Erklärung des Verfalls** einer UM/IR, erreichbar unter <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/forms-and-filings>
11. Online-Antrag zur **Verlängerung, Eintragung, Umwandlung, Akteneinsicht und Wechsel des Vertreters**, erreichbar unter <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/forms-and-filings>
12. Hinweise zum Anmelde- und Eintragungsverfahren, <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/application-procedure>
13. Formblatt zum Antrag auf **Eintragung in die Liste der zugelassenen Vertreter** in Marken- oder Geschmacksmusterangelegenheiten beim EUIPO gemäß Artikel 120 Absatz 1 Buchstabe b der Unionsmarkenverordnung (UMV) bzw. Artikel 78 Absatz 1 Buchstabe b und c der Verordnung über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster (GGV), abrufbar unter <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/forms-and-filings>
14. Hinweise zur Vertretung vor dem Amt, <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/faq-representation-before-the-office>

IV. International registrierte Marken

1. WIPO-Vordruck: **Application for International Registration** under the Madrid Protocol (Form MM2), abrufbar unter: <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
2. EUIPO Online-Anmeldung: Einreichen einer Anmeldung für eine internationale Marke **auf der Grundlage einer/von Unionsmarke(n)** bzw. Unionsmarkenanmeldung(en), erreichbar unter <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/international-application-forms>
3. WIPO-Vordruck: **Designation subsequent** to the International Registration (Form MM4), abrufbar unter: <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
4. EUIPO-Vordruck: Benennung im Anschluss an die internationale Registrierung – Formular zur **nachträglichen Benennung** (EUIPO-Formular (EM4); für die Amtssprachen, die nicht Englisch, Französisch oder Spanisch sind – für sie werden die WIPO-Formulare verwendet), abrufbar unter <https://euipo.europa.eu/ohimportal/de/international-application-forms#>
5. WIPO-Vordruck: Request for the Recording of a **Change in Ownership** (Form MM5), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
6. WIPO-Vordruck: Request for the Recording of a **Limitation of the List of Goods and Services** (Form MM6), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
7. WIPO-Vordruck: Request for the Recording of a **Renunciation** (Form MM7), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
8. WIPO-Vordruck: Request for the Recording of a **Cancellation** of the International Registration (Form MM8), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
9. WIPO-Vordruck: Request for the Recording of a **Change in the Name or Address of the Holder** or, where the Holder is a Legal Entity, for the Recording to introduce or change Indications concerning its Legal Nature (Form MM9), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
10. WIPO-Vordruck: Request for the Recording of a **Change in the Name or Address of the Representative** (Form MM10), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
11. WIPO-Vordruck: **Renewal** of the International Registration (Form 11), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>

12. WIPO-Vordruck: Appointment of a **Representative** (Form 12), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
13. WIPO-Vordruck: Request for the Recording of a **License** (Form 13), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
14. WIPO-Vordruck: Request for **Amendment of the Recording of a License** (Form 14), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
15. WIPO-Vordruck: Request for **Cancellation of the Recording of a License** (Form 15), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
16. WIPO-Vordruck: Subsequent Designation Resulting from **Conversion** (European Union) (Form MM16), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
17. WIPO-Vordruck: Claim of **Seniority** – European Union (Form MM17), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
18. WIPO-Vordruck: Declaration of **Intention to use the Mark** – United States of America (Form MM18), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
19. WIPO-Vordruck: Request for the **Recording of a Restriction of the Holder's Right of Disposal** (Form MM19), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
20. WIPO-Vordruck: Request for Continued Processing (Form MM20), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
21. WIPO-Vordruck: Request for the **Correction of a Recording** (Form MM21), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
22. WIPO-Vordruck: Request for the **Division of an International Registration** (Form MM22), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
23. WIPO-Vordruck: Request for the **Merger of International Registrations** resulting from the Recording of a Partial Change in Ownership (Form MM23), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
24. WIPO-Vordruck: Request for the **Merger of International Registrations resulting from the Recording of Division** (Form MM24), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms>
25. Mitteilung Nr. 15/94 des Präsidenten des Deutschen Patentamts über die **Schutzfähigkeitsprüfung der Markenform bei international registrierten Marken mit Zeitrang** vor dem 1. Januar 1995 vom 6. Dezember 1994
26. DPMA-Vordruck: **Begleitschreiben** an das DPMA zum Antrag auf internationale Registrierung einer Marke, abrufbar unter <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html#a10>
27. **Merkblatt: Die internationale Registrierung** von deutschen Marken über das Madrider System, abrufbar unter <https://www.dpma.de/service/formulare/marken/index.html#a10>
28. **Anleitung zum Ausfüllen des WIPO-Formblatts** MM2 (E) und der anderen Formblätter („Notes on filing forms“), abrufbar unter <https://www.wipo.int/madrid/en/forms/>
29. **Gebühren** bei der WIPO: Fees and Payments – Madrid System, <https://www.wipo.int/finance/en/madrid.html>
30. **Individual Fees** under the Madrid Protocol, https://www.wipo.int/madrid/en/fees/ind_taxes.html

Internationales Kennzeichenrecht

I. Mehrseitige Abkommen zum Kennzeichenrecht

1. **Pariser Verbandsübereinkunft** zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20.3.1883, PVÜ; orig. Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle) vom 20.3.1883, RGBl. 1903 147
2. **Protokoll zum Madrider Abkommen** über die internationale Registrierung von Marken (PMMA) vom 27.6.1989, BGBl. 1995 II 1016
3. **Gemeinsame Ausführungsordnung zum Madrider Abkommen** über die internationale Registrierung von Marken und zum Protokoll zu diesem Abkommen (AusfO MMA/PMMA) vom 18.1.1996, BGBl. II 563
4. **Madrider Abkommen** über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben (MHA) vom 14.4.1891, BGBl. 1961 II 293

Inhaltsverzeichnis

5. **Stockholmer Zusatzvereinbarung** vom 14. Juli 1967 zum Madrider Abkommen über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben auf Waren (MHA ZV) vom 14.4.1891, BGBl. 1970 II 444
6. **Abkommen von Nizza über die internationale Klassifikation** von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken (NKA) vom 15.6.1957, revidiert in Stockholm am 14.7.1967 und in Genf am 13.5.1977 (BGBl. 1981 II 359), österreichisches, geändert durch Bekanntmachung von Änderungen völkerrechtlicher Übereinkünfte auf dem Gebiet des geistigen Eigentums vom 20.8.1984 (BGBl. 1984 II 799)
Alphabetische Liste der Waren und Dienstleistungen nach dem Nizzaer Abkommen über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken (DPMA [Hrsg.], Markenklassifikation, Internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken, Alphabetische Liste von Waren und Dienstleistungen und die Liste der Waren und Dienstleistungen nach Klassen, 12. Ausgabe (NCL 12–2023))
7. **Lissabonner Abkommen** über den Schutz der Ursprungsbezeichnungen und ihre internationale Registrierung (LUA) vom 31.10.1958
Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben vom 20.5.2015 (GA LUGA), in Kraft getreten am 26.2.2020, ABl. 2019 Nr. 271, 15
- 7a. **Common Regulations under the Lisbon Agreement and the Geneva Act** of the Lisbon Agreement (as in force on January 1, 2023), abzurufen unter: <https://www.wipo.int/treaties/en/registration/lisbon>
8. **Übereinkommen zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum** (WIPO) vom 14.7.1967, BGBl. 1970 II 293
9. **Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS)** vom 15.4.1994, BGBl. II 1438
10. **Markenrechtsvertrag (TLT)** vom 27.10.1994, BGBl. 2002 II 175
11. **Ausführungsordnung zum Markenrechtsvertrag** (AusfO TLT) vom 27.10.1994, BGBl. 2002 II 194
12. **Europäisches Patentübereinkommen (EPÜ)** vom 29.11.2000, BGBl. 2007 II 1082, 1083, 1129
13. **Internationales Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen** vom 2.12.1961, revidiert in Genf am 10.11.1972, am 23.10.1978 und am 19.3.1991 (IntPflanzÜ), BGBl. 1998 II 258, 259
14. **North American Free Trade Agreement (NAFTA)** vom 8.12.1993, Statute at Large 107 Stat. 2057 – Public Law No. 103–182
15. **Agreement between the United States of America, the United Mexican States, and Canada (USMCA)** vom 13.3.2020 < <https://ustr.gov/trade-agreements/free-trade-agreements/united-states-mexico-canada-agreement/agreement-between>>

II. Zweiseitige Abkommen zum Schutz von geografischen Herkunftsangaben

1. Frankreich
2. Griechenland
3. Italien
4. Schweiz
5. Spanien
6. Österreich
7. Kuba